

Persönliche Erklärung von Sylvia Voss

Berlin, 16. November 2001

Hiermit gebe ich eine persönliche Erklärung nach § 31 Abs. 1 GOBt

Erklärung zur Abstimmung über die Vertrauensfrage

Was ist ein aufrechter Gang?

Für mich: In Gewissensfragen so zu sprechen und zu handeln, wie es meinem tatsächlichen Fühlen, Denken und meiner Verantwortung entspricht. Ich sage weiterhin in der Gewissensfrage des "Kriegseinsatzes" NEIN zur Ermächtigung der Bundesregierung, deutsche Soldaten - egal ob freiwillig oder nicht - in Auslandseinsätze zu schicken. Das ist durch unser Grundgesetz nicht gedeckt. Völkerrecht bricht Bundesrecht. Meiner - und nicht nur meiner Ansicht nach - sind die Kriegshandlungen der USA trotz der UN-Resolutionen vom 12. und vom 28. September 2001 (die sich speziell auf die Terrorismusbekämpfung beziehen) nicht von der UN-Charta Art. 51 gedeckt. Insofern kann das Völkerrecht in diesem Fall nicht zur Legitimation herangezogen werden. Auch der Zweck darf bestimmte Mittel nicht heiligen.

Aber auch ich freue mich an den Bildern aus Afghanistan, die befreite, lachende, tanzende Menschen zeigen, Frauen ohne Burka.

Der Entschließungsantrag der Koalition zur Bekämpfung der Ursachen von Terror und Fanatismus ist ein erster Schritt in eine richtige Richtung und an diesem haben die Grünen einen wesentlichen Anteil.

Seit Mittwoch gibt es eine zweite Gewissensfrage. Die, ob das Projekt Rot-Grün weitergeführt werden kann und soll. Eine Frage, die in nationaler, aber auch europäischer Verantwortung zu beantworten ist.

Ich bezweifle sehr, dass es weise war, die Vertrauensfrage mit der Abstimmung über den Afghanistan-Einsatz zu verknüpfen. Das Vorgehen des Kanzlers ist jedoch rechtlich legitim und ich muss mich dieser zweiten, leider untrennbar mit der ersten verknüpften

Druck ist für mich kein Grund eine Entscheidung zu revidieren. Das tue ich auch nicht.

Aber es gibt sehr gewichtige Argumente, die ernsthaft zu bedenken sind. Sie sind von vielen Menschen an mich herangetragen worden, von unseren Wählern, von Vereinen und Verbänden, von Freunden und von Kollegen und besonders natürlich von unserer grünen Basis selbst - ich habe sie bedacht und in meine Entscheidungsfindung einfließen lassen..

Bis zur Vertrauensfrage des Kanzlers habe ich überwältigenden Zuspruch zu meiner Entscheidung erhalten, den "Kriegseinsatz" abzulehnen. Nach der Vertrauensfrage änderte sich das.

Sehr viele Menschen haben die Grünen als Gestaltungsfaktor und als Korrektiv gegen eine reine SPD-Politik gewählt. Sie wollten eine neue ökologische, soziale und friedenspolitische Politik. Diesen Erwartungen haben wir mit der Politik der letzten drei Jahre versucht gerecht zu werden: mit der Ökosteuer, dem Atomausstiegsgesetz, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, der eingeleiteten Agrarwende, der LKW-Maut, dem Bundesnaturschutzgesetz, dem hart erkämpften Zuwanderungs- und Asylrecht usw. Diese Erfolge wären ohne die Grünen nicht nur gefährdet, sie würden kassiert.

Politik in einer Koalition ist nicht komplikationslos. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn Kompromisse gefunden und Konflikte gelöst werden. Manche Schritte, zum Beispiel beim Atomkonsens, waren kleiner als wir es uns gewünscht haben - aber sie waren Schritte in die richtige Richtung. Dieser Weg, das ist meine Überzeugung, muss weiter beschritten werden. Denn alles andere als Rot-Grün bedeutet viele Schritte zurück - in alte Politikmuster von Lebensraumzerstörung, Stärkung des Militärs und von Überwachungsinstitutionen, rigider Politik gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden, Förderung der großen Konzerne usw., es gäbe wieder mehr Reichtum für Reiche und größerer Armut der Armen. Das kann und will ich nicht verantworten.

Ich weiß, egal welchen Weg wir Abgeordneten gehen, es wird ein schwerer Gang für die Grünen. Aber die Partei hat 1998 mit großer Mehrheit entschieden in eine rot-grüne Regierung einzutreten. Wir entsprachen damit der Hoffnung der Wähler, dass mit Rot-Grün eine andere Politik beginnt. Meine parlamentarische Arbeit, die gestern mit der Verabschiedung des neuen Bundesnaturschutzgesetzes einen großen Erfolg zu verbuchen hat, hat gezeigt, dass wir gemeinsam mit der SPD dieses Land voran bringen können. Deshalb werde ich für eine Fortsetzung dieser gemeinsamen Politik votieren.

Ich bitte alle Mitglieder der Partei, insbesondere die meines Brandenburger Landesverbandes, sowie die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich in den letzten Tagen mit der Bitte an mich gewandt haben, dem Kanzler das Vertrauen zu entziehen, um Verständnis und Respekt für meine Entscheidung, die ich schweren Herzens, aber nach verantwortungsbewusster Abwägung getroffen habe und die ich mit meinem Gewissen, dem ich letztlich verpflichtet bin, vereinbaren kann.